

Antrag

des Abgeordneten Edin Klopp und der CDP-Fraktion

Antrag an den Deutschen Bundestag zur Zustimmung zu verstärkten Waffenlieferungen an die Ukraine

Der Bundestag wolle beschließen:

A. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der gegen das Völkerrecht verstößt, stellt eine ernsthafte Gefahr für die europäische Sicherheitsordnung und die Souveränität demokratischer Staaten dar. Die Ukraine setzt sich nicht nur für die Verteidigung ihres eigenen Hoheitsgebiets ein, sondern auch für die in Europa zentralen Werte von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Lieferung von Waffen an die Ukraine hat sich als unverzichtbar erwiesen, um die Verteidigungskräfte des Landes zu stärken und der internationalen Gemeinschaft ein Solidaritätssignal zu übermitteln.

Es besteht ein größeres Risiko, dass die bisherige militärische Unterstützung der Ukraine durch die USA erheblich eingeschränkt wird, da die politischen Unsicherheiten in den Vereinigten Staaten bestehen, darunter die Möglichkeit, dass zukünftige Regierungen unter Donald Trump oder anderen politischen Akteuren Entscheidungen der aktuellen Biden-Regierung rückgängig machen könnten. Aus diesem Grund sollten Europa und vor allem Deutschland ihre Hilfe verstärken, um sicherzustellen, dass die Ukraine auch in Zukunft genügend Verteidigungsmöglichkeiten hat.

B. Der Deutsche Bundestag möge beschließen:

Die Bundesrepublik Deutschland erhöht ihre Hilfe für die Ukraine, indem sie die Waffenlieferungen erweitert und intensiviert. Diese Vorräte sollen nur dazu dienen, die territoriale Integrität und die staatliche Souveränität der Ukraine zu verteidigen. Sie müssen auch mit den Bestimmungen des Völkerrechts und der Exportkontrolle

übereinstimmen. In enger Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern und der NATO soll die Bundesregierung eine Strategie entwickeln, um sicherzustellen, dass die Ukraine mit erforderlichen Verteidigungsgütern versorgt wird, selbst wenn die USA sich aus bisherigen Unterstützungsmaßnahmen zurückziehen. Die Bundesregierung muss gleichzeitig eine transparente Dokumentation der Waffenlieferungen an die Ukraine vorlegen und dem Bundestag regelmäßig Berichterstaten.

Berlin, den 18. November 2024

Edin Kloppe und die CDP-Fraktion